

Die „Volkswacht“ erscheint täglich nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Weltstr. 4/5, durch die Post und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Verlagsort: Breslau Nr. 2170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interimsgeld für die einseitige Bezahlung über deren Konto 20 Pfennige, für den Rest und Bezahlungsmittel 10 Pfennige. Infolge für die nächste Nummer müssen die Bezahlung 10 Tage vor der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 184.

Montag, den 8. August 1904.

15. Jahrgang

Zur Maiseier.

Kurz vor dem internationalen Arbeiterkongress wird die Frage der Maiseier wieder erörtert. In der „Sörliger Volkszeitung“ finden wir den folgenden durchaus zeitgemäßen Aufsatz über die strittige Arbeitsruhe am 1. Mai:

„Erfreulicherweise hat seit den letzten Wochen das Personengegänke derer um Braun und um Mehring nachgelassen und die Parteigenossen aller Großstädte beschäftigen sich mit Problemen, deren Erörterung für die Partei Nutzen bringen kann. Im Vordergrund der Erörterung stehen die Fragen der Organisation und der Maiseier. Der letzteren sei heute einige Aufmerksamkeit gewidmet. In Mainz nahm eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung folgenden Antrag an:

„Die heute, Dienstag Abend, in der Waag tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung erklärt, daß sie einer Aenderung der Maiseier, sei es durch Verlegung auf den ersten Sonntag im Mai oder durch Abendveranstaltungen, sympathisch gegenübersteht. Sie hofft, daß die Kreisversammlung des Wahlkreises Oppenheim ihren vorjährigen Beschluß erneuert und auf der Landeskonferenz ihre Delegierten im Sinne dieses Beschlusses zu wirken beauftragt.“

Ähnliche Anträge gelangen Jahr für Jahr an den Parteitag, bisher ohne Erfolg. Zum Münchener Parteitag hatten die Sörliger Genossen, wie erinnerlich, auch einen Antrag auf Aenderung der Maiseier gestellt. Von Samstags wurde mehrfach in gleicher Richtung gehandelt. Wenn deshalb die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ auf das „revolutionäre Mainz“ hinweist, um diejenigen zu diskreditieren, welche eine Aenderung der Maiseier wünschen, so hat sie daneben. Nicht nur Gewerkschaftsführer der großen Organisationen, sondern auch radikale sowohl wie revisionistische Parteitagdelegierte sehen in der heutigen Art der Maiseier ein völlig verfehltes Unternehmen. Eine Aenderung ist unserer Meinung nach nur deshalb nicht erfolgt, weil wir Deutschen genötigt sind, mit pedantischer Genauigkeit an den Beschlüssen der internationalen Kongresse wörtlich festzuhalten, auch wenn wir sie für verfehlt halten und obwohl sie von den Bruderparteien des Auslandes — siehe Frankreich und England z. B. — nicht ausgeführt werden. In neuerer Zeit haben in Deutschland die Anhänger der heutigen Maiseier-Form eine unfreiwillige Hilfe erhalten durch die verfehlte Begründung, welche der Redakteur der Buchbinderzeitung, Genosse Georg Schmidt, in einem Artikel der „Soz. Monatshefte“ seinem Wunsche auf Aenderung der Maiseier gab. Dieser Artikel hat einige Presseorgane, so vor allem die „Frankf. Volksstimme“, zu heftigen Gegenäußerungen veranlaßt. Unser Frankfurter Bruderorgan findet die Quelle der Agitation gegen die heutige Maiseier „in der kleinbürgerlichen Verständnislosigkeit für bloße Kampfesfundgebungen ohne sofortiges, greifbares Ergebnis“. Dieser Vorwurf mag gegen die Schmidt'sche Begründung nicht ganz unzutreffend sein, gegen die Gründe, welche seit Jahren von anderer Seite gegen die heutige Maiseier angeführt werden, trifft er nicht zu. Ganz im Gegenteil. Eine Aenderung der Maiseier wird nicht gewünscht, weil die

Maiseier keine sofortigen praktischen Erfolge zeitigt, die wir nie erwarteten, sondern sie wird ja gerade gewünscht, weil die heutige Maiseier in dem größten Teil Deutschlands geradezu der Hohn auf eine Demonstration, geradezu die Karikatur einer Kampfesfundgebung ist. Wenn in den deutschen Mittel- und Kleinstädten, ja wenn in einer Anzahl deutscher Großstädte, wir erinnern an Breslau und die übrigen Hauptstädte des Ostens, 100 Arbeiter — oder seien es selbst in einer Großstadt ein volles Tausend — feiern, während Zehntausende arbeiten und keine einzige Fabrik stillsteht, so ist das keine Demonstration, sondern eine Veranstaltung, die den Spott der Gegner herausfordert. Da meinen wir allerdings, daß wir keine Ursache haben, uns mit Grund von den Gegnern verhöhnen zu lassen. Die Maiseier verliert an ihrem hohen Werte dadurch nichts, daß die Arbeitsruhe aus dem Maiseierprogramm gestrichen wird, in das sie nach Liebfriedrich hineinkam, weil in dem Trübel des ersten Pariser Weltparlamentes der Arbeit man auf die doppelte Bedeutung nicht achtete, die in der deutschen Sprache das Wort „Feiern“ hat. Der hehre Gedanke der Einheit des gesamten Proletariats wird dadurch genügend gewahrt, daß am Abend des 1. Mai zur gleichen Stunde die klassenbewußten Arbeiter der gesamten Welt in deutscher, polnischer, französischer, englischer, russischer, japanischer usw. Sprache für die Verkürzung der Arbeitszeit und für den Weltfrieden ihren Willen kundgeben. Die Festlichkeiten größeren Maßstabs finden im größten Teile Deutschlands heute schon am Sonntag nach dem 1. Mai statt, weil am 1. Mai die Massen, die zu einer imponierenden Demonstration gebraucht werden, nicht auf die Beine zu bringen sind. Deshalb berührt es fast komisch, wenn z. B. unser Dortmund-Blatt schreibt:

„Wie die Massen über den Sozialismus denken, unterliegt keinem Zweifel, und daß sie endlich anfangen, sich kräftig gegen die Verschandelung der Maiseier durch jene nörgelnden Kritiker zu wenden, entspricht ihrer Langsamkeit, aber hoffentlich auch der Gründlichkeit, mit der sie das Unverständnis in den eigenen Reihen zu beseitigen gewohnt sind.“

Wie die Massen über den Sozialismus denken, das haben sie allerdings am 16. Juni vorigen Jahres gezeigt. Das unterliegt keinem Zweifel. Deshalb haben aber die Massen noch kein Recht, über die Maiseier den Gegnern der Arbeitsruhe irgend etwas begreiflich zu machen. Denn die Massen — nicht nur der Wähler, sondern auch der organisierten deutschen Genossen — arbeiten ja am ersten Mai, wie die rauchenden Schloten der Fabriken und die offenen Läden der Handelsherren jedem zeigen, der Augen hat zu sehen. Uebrigens hat schon vor den Wahlen von 1898 Franz Mehring in der „Neuen Zeit“ darauf aufmerksam gemacht, daß wir nicht am 1. Mai, sondern am 16ten Juni Heerschau halten! Der bei den meisten Radikalen in großem Ansehen stehende Theoretiker hat das getan, weil die Maiseier trotz ihres Charakters als Demonstration, als Kampfesfundgebung, nur in wenigen Großstädten und reinen

Industriedörfern eine einigermaßen befriedigende Teilnahme aufweist. Das sieht man auch immer mehr ein. So sagt ein Legien zugeschriebener Artikel im „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ nach der diesjährigen Maiseier:

„Der große Demonstrationsausflug des Mainzingers brachte 30.000 Teilnehmer auf. Dies läßt erkennen, daß die Verlegung der Maiseier von der erzwungenen Arbeitsruhe eine nachteilige Wirkung auf die Demonstrationen nicht ausgeht; im Gegenteil sind große Arbeitermassen, die in früheren Jahren eine Arbeitsruhe nicht erzwungen konnten und deshalb der Beteiligung fernblieben, diesmal in den Bannkreis der Demonstration hineingezogen worden. Vor allem tritt diesmal die starke Beteiligung der Textilbezirke in Erscheinung, in denen früher von einer Massen-demonstration kaum die Rede sein konnte. Die Arbeitsruhe ist in der Textilindustrie ohne ungeheure Opfer kaum durchzusetzen; darunter haben die früheren Maiseiern in diesen Bezirken stets gelitten. Diesmal traten aber auch die Arbeiter der Spinner und Weber, die mehr als jeder andere Beruf an der Verwirklichung der Ziele der Arbeiterbewegung ein Interesse haben, in Aktion, und es ist sicher eine nicht minder bedeutende Demonstration, wenn in der schlesischen Hungerlaufs Versammlungen von 1000 bis 3000 Personen stattfinden und in Oera 12.000 Personen der Rede ihres Abgeordneten Wurmlauschen, als wenn in einer Großstadt 10—12.000 Arbeiter die Arbeit ruhen lassen. Gewiß darf der Eindruck der erzwungenen Arbeitsruhe nicht unterschätzt werden. Die Arbeitsruhe aus eigener Kraft der Arbeiter erhöht den Ernst der Demonstration. Die Grenzen ihrer Durchführbarkeit schließen aber Hunderttausende davon aus und so wird die Massenwirkung stark beeinträchtigt. Dazu kommt, daß der agitatorische Zweck der Maiseier nur teilweise erfüllt werden kann, wenn nur ein kleiner Teil der Arbeiter mit der Teilnahme in unmittelbarem Kontakt kommt. Vor allem waren bisher die Arbeiter der kleinen Industriestädte und Gebirgsorte von der Maiseier fast unberührt geblieben. Die Ausschaltung der Frage der Arbeitsruhe ermächtigt es in diesem Jahre, gewaltige Agitationsmassen in diese kleinsten Orte zu werben, und diese Propaganda wird für die politische und gewerkschaftliche Organisation nicht wirkungslos bleiben. Manches Samenfeld wird dort aufgehen und feste Wurzeln fassen und der Arbeiterbewegung reiche Früchte tragen.“

Betrachten wir diese Wirkung ohne Voreingenommenheit, so muß manzugeben, daß die Maiseier durch die Ausschaltung der Frage der erzwungenen Arbeitsruhe an demonstrativer Kraft kaum etwas verliert, an agitatorischer Wirkung dagegen erheblich gewinnt. Wir sind also von den bleibenden Wert der Maiseier keineswegs bange, mag dieselbe mit oder ohne Arbeitsruhe stattfinden. Die Hauptfrage ist, daß die Bewegung, deren Ausbruch diese Demonstration ist, ständig an Umfang und Einfluß gewinnt und daß die Demonstration nicht nutzlos im Sande verinnt. Agitation und Kampf sind der eigentliche Inhalt der Maiseier und beides kann unter jeder Form entfaltet werden.“

Werden die Ausführungen Legiens Gehör finden? Wenn nicht, nun dann werden wir kraft der uns innewohnenden Parteidisziplin in unseren schlesischen Gauen am 1. Mai unter dem berechtigten Hohn der Gegner mit einem kleinen Fähnlein völlig Feiernder weiter „demonstrieren“, während die Massen in der Fronte des Kapitalismus Feiertagschweiß schwitzen.“

Diese Betrachtungen finden unsern vollen Beifall, höchstens hätten wir gegen die abfällige Beurteilung des Schmidt'schen Artikels einiges einzuwenden. Der Buchbinder Schmidt hat durchaus recht gehandelt, als er die Schattenseiten der Arbeitsruhe in ihrer speziellen Wirkung auf die Gewerkschaften hervorhob. Es war ganz unangemessen, über

Vox populi.

Roman von Konrad Tilmann.

24

(Nachdruck verboten.)

„Mir war aufgefallen, um die Lampe anzuzünden. In diesem Augenblicke trat das Mädchen von draußen herein, um den Messer-Dienst zu melden. Die Glocke klang in Mir's Hand leicht gegen den Zylinder, aber sie selbst sagte mit ganz ruhiger, klarer Stimme: „Wir lassen bitten, — nicht wahr, Papa?“

Der Oberst hatte sich vom Sofa hinter dem runden Tisch erhoben, dessen Platte er mit seinen beiden Händen umringerte. „Es ist gut“, murmelte er und blieb stehen. Als Siegmar eintrat, brannte die Lampe auf dem Tisch. Der Oberst hatte die Pfeife fortgesetzt und verharre in seiner Stellung, wie aus Stein gehauen. Mir stand vor dem Tisch, die Hände auf ihrer Brust, die Rechte schloß am Leibe niederhängend. Sie wollte sie dem Eintretenden entgegenrecken, aber sie sah, daß Siegmar ihr die keine nicht bot. Auf den ersten Blick hatte dieser erkannt, was seiner hier war, — dazu war er in der Tat klug genug. Aber er verzagte deshalb nicht, er war entschlossen, es durchzusetzen. Nicht wie ein demütig Bittender stand er ja hier, sondern wie einer, der sein Recht fordert, der erwartet, daß man es ihm zu teil werden lassen soll. Und er bot Mir seine Hand nicht, weil sie ihm sie hätte verweigern können, auf Befehl ihres Vaters, — so lange er nicht gesprochen hätte. Er wollte das ihr und sich ersparen.

Der Oberst war der erste, der das sekundenlang, hellkommene Schmeigen unterbrach, und Siegmar hatte sichtlich darauf gewartet. Nicht einen Schritt durfte er ihm entgegenkommen. Ueberdringlich hatte er sich das alles hier freudlich ganz anders gedacht, aber er sah ein, daß er ein Tor gewesen war.

„Sie begreifen, Herr Assessor,“ begann die spröde, etwas heisere Stimme des Obersten an sein Ohr, „daß wir über Ihren Befehl überbracht sein müssen. Es sind inzwischen Dinge vorgegangen, — die nicht nur sehr traurig und bedauerlich sind, sondern auch die Frage nahelegen, ob Sie in dies Haus noch gehören, Herr Assessor.“ Es wurde mit sichtlichem Ueberwinden gesprochen. Der Oberst mußte, daß dieser Mann seiner Tochter nicht gleichgültig war, und er hätte ihr's gern erspart, dieser seiner „moralischen Hinrichtung“, wie er's bei sich selber nannte, beizuhelfen zu sollen. Auch das Leben wurde ihm schwer, und doch wollte er sich nicht legen, weil es für diesen Befehl keinen Stuhl mehr gab im Hause eines Weisigen.

Siegmar hatte sich verkrüppelt, aber er bewachte seine Haltung. Nur Mir durfte er nicht ansehen, das fühlte er. „Ich hätte

nicht geglaubt, Herr Oberst,“ erwiderte er mit leidlicher Ruhe, „daß in diesem Hause die vox populi sich zur Geltung zu bringen vermöchte.“

„Vollste Stimme — Gottes Stimme!“ versetzte der Oberst beinahe feierlich.

„Das Sprichwort ist kein Wahrwort, Herr Oberst, sondern hinkt, wie viele seinesgleichen. In diesem Falle klagt die vox populi fogar, — wenn Sie überhaupt dies künstlich genährte Zeitungsgericht so nennen wollen. Ich bin an der unglücklichen Tat Ulrich's ungeschuldig.“

Ein rasches Aufatmen, das aus einer zusammengehüllten Brust kam, ließ Siegmar nun doch den Blick flüchtig zur Seite wenden. Er sah Mir, die totentbläht war und die rechte Hand unwillkürlich auf's Herz gepreßt hatte. Ihre Augen leuchteten. So schön hatte er sie nie gesehen im Leben. Ein heißes, stürmisches Janzchen war in seiner Brust.

Dann hörte er den Oberst plötzlich wieder sagen: „Unschuldig? Woher wissen Sie das? Haben Sie einen Beweis dafür? Einen anderen, als Ihr Wort?“

„Herr Oberst!“

„Verzeihen Sie, aber ich muß so fragen. Dem Zeugnis der eigenen Frau jenes Toten gegenüber — und rund heraus: haben Sie die Herausforderung Ulrich's abgelehnt oder nicht?“

„Das hab' ich.“

„Und dann —“ die Stimme des Oberst's ging sekundenlang fast in ein Kreischen über, „dann wagen Sie, zu sagen.“ Er hielt inne, er schien sich seiner eigenen Wallung zu schämen. Ganz ruhig ließ er sich in die Höhe richten, fuhr er mit ernster Würde fort: „Ich verzeihe mich. Aber dies alles geht mir nahe, müssen Sie wissen. Ich mußte Ihre Unschuldsbeteuerung wie einen Dolch aufpassen, wenn Sie mir zugleich zugeben, daß die Voraussetzungen, unter denen jene furchtbare Tat erfolgt ist, wahr sind. Und so muß ich Ihnen denn sagen, Herr Assessor, so schwer es mir auch wird, daß für einen Mann, der sich weigert, einem Ehrenmanne Satzung zu geben für eine ihm zugesagte Beleidigung, kein Platz im Weisigen Haus mehr ist. — gleichviel ob und welche Folgen jene Weigerung gehabt hat. Ein solcher Mann ist nach der Tradition, die in unserem Hause heilig gehalten wird —“

Er sprach das Wort nicht aus, das ihm auf der Zunge lag. Mir war neben ihm getreten und hatte ihm die Hand auf den Arm gelegt, den er wie zur Drohung emporgehoben. Sie war bleich, aber ganz ruhig. „Vater“, sagte sie mit fester Stimme, „du wirst keinen Gast unseres Hauses beleidigen, — nicht wahr, Vater?“

Der Oberst tat ein paar rasche Atemzüge, dann nickte er ihr dankbar und beruhigend zu. „Nein, du hast recht. So lange er Gast dieses Hauses ist —“ Er strich sich mit der Hand über die Stirn hin. „Das Eine, Herr Assessor, ist in diesem Hause immer

wie ein Festhalten gemacht worden: die Ehre. Daran darf keine Hand rühren. Sehen Sie, sie hat furchtbare Opfer von uns gefordert, die Ehre. Deshalb dürfen wir aber auch stolz sein, deshalb dürfen wir auch verlangen, daß über unsere Schwelle keiner tritt, auf dessen Ehre der leiseste Makel lastet. Mein Sohn hat, als er seine Ehre bewahrt sah, wenn er leben bliebe, den einzigen ehrenvollen Ausweg gesucht, der ihm offen war. Vielleicht begreifen Sie, was es heißt, wenn ein Vater sagt — von seinem Einzigen sagt: er hat recht getan, er konnte nicht anders, — wenn dieser Einzige die Hoffnung seines Lebens, der Stolz seines Hauses, zum Selbstmörder wird. Und ich habe die Konsequenzen aus seiner Tat gezogen. Ich habe den Dienst quittiert, in dem mir wohl noch mancherlei Ehre gewinkt hätte, — der Vater eines Offiziers, der wegen unbeschalteter Ehrenschulden aus dem Leben geht, — ich selbst nicht, — darf nicht in der Arme eine hervorragende Stelle einnehmen. Ich denke, der das tut, muß alles makellos und vorbildlich sein. — Ich sage Ihnen das alles, Herr Assessor, obgleich sonst in meinem Hause von diesen Dingen nicht geredet zu werden pflegt, damit Sie sehen, daß es nicht ein schwacher, halb unzurechnungsfähiger Kreis ist, der hier zu Ihnen redet, sondern ein Mann, der genau weiß, was man der Ehre seines Namens und Hauses schuldig ist.“

Seine Stimme hatte ein leichtes Zittern angeflogen, und er kämpfte gegen einen Anfall von Nüchternheit, der ihm die Kehle zusammenpressen wollte. Mir strich ihm leise über den Arm hin. Sie stand immer noch dicht neben ihm, bleich und ruhig, wie bereit, einzutreten, wenn es nicht tun sollte. Der Oberst ließ ihr zu, während er mit den Fingern leichte, abwehrende Bewegungen machte. „Lassen Sie mich ruhig sein!“ Es rief mich nicht mehr an, als wenn ich schwäche — im Gegenteil: es muß einmal heraus.“

Siegmar gab keinen Laut von sich. Er stand und wartete. Er wollte alles mit anhören. Vielleicht würde es dann auch für ihn Zeit sein, zu sprechen. Es war ihm einwillig seltsam, daß sich ihm diesem alten Manne dort plötzlich ein Mann in seine Seele schleichen wollte, das doch wahrlich abel anerkannt erschien und dessen er sich dennoch nicht erwehren konnte. Er wagte nicht, ob es dem Vater des Selbstmörders, dem aus seiner Laufbahn geschleuderten Offizier, oder dem starren, fanatischen Anbeter eines Phantoms der Ehre galt.

„Sie, Herr Assessor“, fuhr der Oberst fort, „haben leider die Ehre nicht gehabt, den Tod unseres Königs tragen zu dürfen, — obwie Ihr Verdienst. Es hätte sonst für Sie sicherlich nie ein Zweifel darüber bestanden, was man tun muß, wenn man einen Mann beleidigt hat, der dafür Genugtuung von uns fordert.“

(Fortsetzung folgt.)

Schmidt deshalb in der Weise hervorgefallen, wie es die „Frankf. Volksst.“ beliebt. Etwas weniger Nervosität bei der Erörterung solcher Fragen wäre uns wahrlich not. Auf uns in Breslau wirkt es geradezu lächerlich, wenn man anderwärts die Kritik an der bisherigen Art der Maifeyer als eine „revolutionsförmige Mache“ stempeln will. In Breslau hat der maßgebende radikale Genosse Schlegel mit dieser Kritik eingeleitet, den Resonanzboden für seinen Antrag — Abschaffung der Arbeiterruhe — fand er bei der radikalen Mehrheit, während ein revolutionistisch verdächtig „Volksmacht“-Rebelle die Arbeiterruhe verteidigte. Im benachbarten Göttingen ist der radikale Referent in der Meinungsdebatte, Genosse Hermann Müller, der Hauptorgan der Arbeiterruhe und den Anfang dieser „revolutionsförmigen Mache“ bezeichnet ein von dem strammen Marxisten Stolten begründeter Samberg's Antrag. „Wie die Massen denken“, das sehen auch wir an jedem ersten Mai, an dieser Ueberzeugung macht uns keine Phrase irre. Die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes tadelte „einstimmig“ den Genossen nur wegen seiner abweichenden Haltung zur Maifeyer, anscheinend haben auch die schlesischen Delegierten das verurteilende Veto gefällt. Dabei nehmen von den 100,000 in Mittel- und Niederschlesien beschäftigten Berg- und Hüttenleuten keine Hundert an der Arbeiterruhe teil, nicht einmal die Delegierten zur Generalversammlung, wenn diese noch in der Grube arbeiten — so denken die Massen. Bei den Buchbindern ist's genau dasselbe, Schmidt erhält sein Tadelstimmchen und nicht ein Breslauer oder Brieger Buchbinder feiert den ersten Mai durch die Arbeiterruhe. — Dieser Zustand ist unhaltbar. Da aber eine strikte Arbeiterruhe undurchführbar ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als die Feier auf den Abend oder den ersten Sonntag zu verlegen. Die bisherige Art der Feier ist Ursache zum Streit, schafft unnötige Ausgaben und wirkt nicht als Demonstration, sondern im Gegenteil, ist recht wenig ermutigend. Das festzustellen erfordert die Ehrlichkeit gegen uns selbst.

Japan und Rußland.

Die Umklammerungsversuche

Der Japaner dauert fort, darüber läßt selbst das letzte Telegramm des Generals Kuropatkin keinen Zweifel. Es war also eben so verfrüht, den glücklichen Rückzug der Russen zu besprechen — wie das die „Schles. Zig.“ und andere konservative Blätter getan haben — als die voreiligen Meldungen von der „russischen Falle“ zu verbreiten.

Ein Telegramm des Generals Kuropatkin

an den Kaiser vom 5. August besagt nämlich:
Am 4. August umfassen die Vorposten der Japaner in der Richtung auf Kiaojang-Hainan eine Strecke von 15 Werst. Nördlich von Hainan marschierten im Gebirge bedeutende Streitkräfte des Feindes in der Richtung auf Pabunai vor. Eine der feindlichen Kolonnen ist mit ihrer Hauptmacht bis Schenire vorgedrungen, mit der Vorhut bis Pabunai (20 Werst nördlich von Hainan). Auf der Ostfront stand der Feind am 4. August auf dem Wege nach Kiaojang in der Umgegend von Kolongau. Seine Vorhut in Größe 6 Werst südlich von Pabunai und am Fuß der Berge zwischen Pabunai und Sanpu, der im Osten an Pabunai heranreicht. Die Japaner heften auf dem rechten Ufer des Taitseho bei Pabunai bedeutende Streitkräfte zusammengezogen. Die feindliche Vorhut hält noch immer das linke Ufer des Taitseho und die in das Tal übergehenden Bergschichten besetzt. Der Feind hat Kiaojang geräumt und hält Tschangshan mit einer kleinen Abtheilung besetzt.

Dieses Telegramm zeigt die Japaner überall noch bei ausgiebigen Versuchen zur Einkreisung der russischen Armee. Darüber kann auch eine Nachricht des bekannten Sagenblattes „Wirhemija Wjedomosti“ über

ungeheure japanische Verluste

nichts ändern. Der Korrespondent der „Wirhemija Wjedomosti“ meldet aus Kiaojang vom 4. August, Abends:
Am 2., 3. und 4. August fand ein erdrunder Kampf statt. Die Japaner griffen das Zentrum der russischen Stellung bei Pabunai an. Die Japaner waren 54 Bataillone stark, von denen 36 aus regulären Truppen, die übrigen aus Reservisten bestanden. Während die Regulären Schanzenschießen anführten, griffen die Reservisten die Russen vorwiegend an. Die Reihen der Feinde wurden durch unser Feuer dezimiert, jedoch drei- bis viermal sofort angegriffen. Unsere Truppen zogen sich dann langsam zurück und trübten geeignete Stellungen, was so aus sie dem Feinde durch heftiges Artilleriefeuer große Verluste beibrachte. Die Verluste der Japaner bei Pabunai werden auf 10,000 bis 13,000 Mann geschätzt. Die Verluste der Russen sind im Vergleich damit unbedeutend.

Die Stellen sind hier wieder nicht genau gefüllt, wie das bei der russischen Vorseitung schon öfter der Fall war. In dieser Schlacht war anscheinend die mittlere japanische Armee unter Nodzu beteiligt. Ueber die Schlacht vom 31. Juli, in welcher General Keller gefallen war, verbreiten die Japaner nachträglich noch eine aufklärende Depesche. In derselben heißt es:

General Kuroki trat nach dem Angriff auf General Keller

der russischen Offiziere entgegen. General Kuroki wurde am Sonntag nach einem vorübergehenden Angriff durch Artilleriefeuer glückselig in der Front und in der Flanke angegriffen. Die Russen gingen große Geschädlichkeit in der Befestigung und Verteidigung ihrer Stellungen.
Am 9 Uhr früh gelang den Japanern ein Frontenangriff. Die Russen machten verschiedene Versuche, ihre Stellungen wieder zu besetzen. Die letzte Infanteriekolonne der Japaner ließ bei Vorstoß auf die russische Frontlinie, die sie durchgeschlugen wurde. Ein japanisches Detachement übernahm später die von den Russen verlassenen Stellungen und brachte ihnen schwere Verluste bei. Das Detachement verübte eine Durchschießung des japanischen Hauptquartiers. Die Russen räumten Montag ihre Stellungen. Das Detachement verübte ihre Verfolgung. Der Kampf bei Jangshing begann am Sonntag früh. Das japanische Artilleriefeuer war nicht weniger wegen des Schalles. Die Artilleristen wußten die Schüsse selbst sicher, da Feinde nicht zu sehen waren. Der japanische Artillerie besaß im Vergleich mit

suchte die Russen in der Klante und im Rücken zu fassen. Die russische Artillerie auf den Höhen Jangshing wurde zum Teil durch japanische Artillerie zum Schweigen gebracht, aber die Geschütze hielten fort, die japanischen Stellungen zu beschützen. Der Kampf fand an diesem Tage seinen Abschluß. Der japanische Angriff konnte nicht durchgeführt werden. Am anderen Morgen räumten die Russen ihre Stellungen, als die Japaner von neuem zum Angriff vorgingen.

Eine ganz unkontrollierbare und unwahrscheinliche Nachricht

geht der Berichterstattung des „Echo de Paris“ in die Welt:
General Kuropatkin habe beschlossen, die Offensive nach Süden zu ergreifen und selbst das Kommando der Südtruppen zu übernehmen, die gegen die Armeen Nodzu und Osu vorrücken sollen. Gleichzeitig habe er den Generalen Kutschowski und Wulderling befohlen, mit dem gebirgigen und felsigen Armeekorps Kuroki in Schach zu halten. Der Berichtersteller glaubt, wenn Kuropatkin die Offensive ergreife, gehe er einzig und allein den aus Petersburg gekommenen Weisungen. Der Bar habe in der vorigen Woche an Kuropatkin telegraphiert und ihn gefragt, warum er andauernd zurückweicht, obwohl er nur frische Truppen erhalten habe. Kuropatkin habe geantwortet, die Truppen seien durch Hitze und Aufregung erschöpft. Die zu schweren sibirischen Soldaten seien für den Kampf im Gebirge ungeeignet, außerdem fehle es an Gebirgsartillerie. Kuropatkin habe dagegen protestiert, da ihm Reservisten von 35 bis 40 Jahren gelendet würden.

Die Offensive nach Süden liegt so außerhalb jeder plausiblen Strategie, daß man diese Nachricht nur mit Vorbehalt aufnehmen darf. Warum soll Kuropatkin, dessen einzige Rettung der schnelle Rückzug nach Norden ist, sich noch tiefer in die Gefahr hinein begeben? Dafür gäbe es keine Erklärung. Ganz im Gegensatz dazu steht auch folgende Mitteilung:

Im Laufe der letzten Tage sind alle japanischen Armeen auf der ganzen Front zurückgemarschiert, ohne auf ernstlichen Widerstand bei den Russen zu stoßen, die auf strikten Befehl Kuropatkins konsequent zurückgeben. Kleinere Geschütze hatten die Generale Sawitsch und Mischkewitsch zu beschützen. Der Vormarsch der Japaner macht eine größere Schlacht bei Liaojang unbedenklich.

Aus Port Arthur

hat man nach wie vor nur sehr zweifelhafte Erzählungen von geschützten Chinelen, die je nach Bezahlung größere und kleinere Schwindelereien in die Welt setzen.

Glücklicherweise aus Port Arthur haben nach Tschifu ausführliche Kunde von den letzten Kämpfen um die Festung gebracht. Danach richtete sich der japanische Sturmangriff gegen die noch nicht erst im Aussehen. Die Japaner waren über 100,000 Schanzenschießen in den Festungsbau. Ihr mordendes Feuer wurde von den russischen Geschützen erwidert. Von der auf 15,000 Mann geschätzten Besatzung starben 17,000 (??). Die Russen verloren nur 200 Tote und 700 Verwundete. Gleichzeitig machte die russische Flotte einen Ausfall aus dem Hafen, bei dessen Durchführung ein japanisches Kanonenboot durch eine Mine schwer beschädigt wurde. Am 15. d. M. soll angeblich ein neuer Sturm auf Port Arthur erfolgen. — Das haben die Japaner natürlich vorher erzählt.

Der Präsident lebenden Siebzehn für die Garnison in Port Arthur ist nach einer Meldung der „Wirhemija Wjedomosti“ in Kiaojang eingetroffen. Nach seiner Anrede ist die Festung für 3 Monate mit Vieh versehen. Er erzählt ferner, daß die Stellungen der Japaner 20 Kilometer von den äußeren Forts entfernt sind.

Kleinere Nachrichten

Die Japaner haben in Inshan (Kiaojang) eine Proviantstation errichtet, nach der jeder, der sich mit den Russen in Verbindung setzt oder der russischen Armee irgend etwas liefert, mit Todesstrafe bestraft wird. — Die Regenzeit hat am 4. d. M. eingesetzt.
Leiden der Kampfbeteiligten. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus dem Hauptquartier vom 1. August erlitten die Truppen in den Kämpfen am Sonntag eine unbeschreiblich unter der überaus großen Hitze. Mörderische Todesfälle von Sonnenstich und Erschöpfung wurden bemerkt. Ein japanisches Regiment lachte durchgehend mitten im heißen Feuer der Russen in den Fluß und trank in mehr als einer Hinsicht unter Schanzenschießen.

Politische Uebersicht

Eine Verordnung gegen den Bankrott hat die Leipziger Amtshauptmannschaft erlassen. Sie lautet:

Der in Zukunft es unternimmt, den Gewerbebetrieb eines anderen dadurch zu unterbrechen oder zu behindern, daß er öffentlich vor einem Amtshauptmann oder durch Verbreitung von Schanden oder durch öffentlichen Vorwurf dazu ansetzt, in einem bestimmten Gewerbebetrieb keine Waren einzuführen oder zu verkaufen, beginnend in einem bestimmten Geschäftsjahre, ist mit Gefängnis nicht zu bestrafen, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erlassene Bestimmung wird, wie man aus Leipzig schreibt, in erster Linie den von der sozialdemokratischen Parteileitung über einen großen Teil von Gewerkschaften in Leipzig und Umgegend verbreiteten Boykott. Es sind das diejenigen Lokale, die ihre Türe nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben.

Es muß demgegenüber daran erinnert werden, daß in Deutschland Militärbehörden vielfach Gewerkschaften konfiszieren. Wir haben noch nicht gehört, daß irgendein Korpskommandant oder Regimentskommandeur mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft worden sind.

Die innere Zerrung. Der „Reichsbote“ begrüßt die baldige Rückkehr des Kaisers von der Nordlandfahrt in jämerenswerter Klage über die Zerrung der deutschen Zustände:

Man hat der Wiederkehr des Kaisers diesmal mit besonderer Spannung entgegengesehen; er hat nur verschiedenen persönlichen Entschlüssen, den die Gerichte, die er in der nächsten Stunde von den Zeitungen im Rechte empfangen haben wird, darüber ein wenig reden haben. Wir erwarteten haben keine einen Beschauer erlebt, so daß die innere Zerrung der selben sichtbar und unübersehbar zum Vorschein gekommen wäre, obwohl die Krone und Kräfte derselben von uns schon seit längerem Jahren empfangen und auch öffentlich behandelt werden sind. Demals hat man uns nicht selten der Schwermut entgegen gesehen, dem dank und sprach man vielredend anders. Stellen wir einen Urtheil wieder abzugeben, so würde man sich einreden lassen, daß er, damals bestimmt, dank eine Art kommunisistischer (schwarzer) Urtheil der politischen Welt über die Schattenspiele des kaiserlichen Regimes haben.

Der Zusammenbruch der Reichsarmee-Fürsorge im Wirtshaus-Scandal hat die fröhliche „Reichsbote“-Seite tief getroffen.

Es ist ein graues Gesicht, das diese Zusammen im Lande weilt: Fürsorge und Wirtshaus sollen die Not

der Zeit bannen und den Aufruhr der Massen beschwichtigen; nun ist gerade aus dem reitenden Kirgisenbau die Faustnis furchtbar aufgestiegen. Den Hofant-Hochsommer vergessen sie nicht schnell wieder, die als höchsten Grundlag verkündeten, daß „dem Volke die Religion erhalten werden muß“.

Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute den Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, dessen Inhalt im wesentlichen folgender ist:

Bei der Festlegung von Baufluchtlinien kann auch das Wohnungsbedürfnis berücksichtigt werden. Das Baugelände ist zu erschließen entsprechend dem Wohnungsbedarf unter Vorbehalt ausgiebiger Mäße. Die Straßenkostenbeiträge sind bis zu drei Viertel zu ermäßigen für solche Wohngebäude, die vorwiegend für minder bemittelte Familien bestimmt sind, insbesondere für Häuser von Genossenschaften und Arbeiterhäuser. Bauordnungen können erlassen werden, welche die Nutzungsdauer der Grundstücke bestimmen und gefährliche oder belästigende Anlagen sowie verunstaltende Bauten verhindern. Für Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern müssen und für kleinere Gemeinden können Bauordnungen erlassen werden. Mietwohnungen müssen bestimmten gesundheitlichen und sittlichen Anforderungen entsprechen. Die Aufnahme von Schlafgängern ist nur unter bestimmten Bedingungen, namentlich in Bezug auf die Trennung der Geschlechter, zulässig. Polizeivorschriften müssen für Unterfranktäume der Arbeitergehende Forderungen festlegen. Für Gemeinden mit mehr als 100,000 Einwohnern müssen und für kleinere Gemeinden können Bauordnungen erlassen werden zur Aufsicht über die Wohnungsbesitzverhältnisse eingerichtet werden. Den Regierungspräsidenten sind besondere Wohnungsaufsichtsbeamten beizugeben.

Eine ausführliche Wiedergabe des Gesetzes behalten wir uns vor.

Keine deutschen Marinegeschütze für Rußland.

Wir hatten eine Meldung des Vorwärts wiedergegeben, wonach seitens der Keler Werft an die Firma Schichau in Elbing acht Geschütze aus der Armierung des früheren Kreuzers „Prinz Friedrich Carl“ verkauft worden seien, die offenbar zur Befestigung der Schichau für Rußland auszurüstenden Hilfskreuzer verwendet werden sollten. Hierzu schreibt die Firma Schichau der „Verl. Zig.“:

In der Nummer vom 1. August Ihres geschätzten Blattes veröffentlichten Sie einen Artikel „Deutsche Marinegeschütze für Rußland?“, und erlaube ich Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Inhalt des betreffenden „Vorwärts“-Artikels bereits durch die Danziger neuesten Nachrichten (siehe Nr. 178 vom 1. d. M.) dementiert ist, und daß bezüglich der Armierung der vom Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie an Rußland verkauften Schnell-Dampfer mit meiner Firma niemals Verhandlungen gepflogen worden sind.

Die Reichstagswahl in Schaumburg-Lippe findet am 1. September dieses Jahres statt.

Die betreffende Bekanntmachung ist von der „Schaumb.-Lippischen Landeszeitung“ am Freitag veröffentlicht worden.

Stillsch entwirft.

Die „Hamburger Nachrichten“ sehen mit Entsetzen der Welt Ende kommen. Wir wir mitteilen, hat Professor Delbück behauptet, in Rußland sei der politische Nord sozusagen ein Befehlshaber der Verfassung. So etwas genügt die Hamburger Kalesiten zur Explosion zu bringen. Die Debrüchige Rundgebung gibt den Russen das Recht, darauf hinzuweisen, daß in Deutschland selbst Professoren und höchste Historiker der nihilistischen Nord verteidigen und gut heißen. Wie heißt doch das Sprüchlein vom Denunzianten?

Ausland

Revolutionäre Propaganda in Rußland.

Ein über ganz Rußland von der Zentrale der polnischen sozialistischen Partei verbreiteter Aufruf schließt mit den Worten: „Bleib was du bist noch lange nicht das Ende des Jarentums, sondern nur ein Vorstadium in seine Grundlagen. Ruhen wir die Gelehrtheit aus und verfluchen wir den Kampf. Nur wenn das Jarentum in Trümmer zerfällt, wenn die Fesseln des gedrückten Volkes gelöst sind, dann wird die Möglichkeit schwinden, daß solche Bleibwas das große Wort führen. Weg mit dem Jarentum! Es lebe die Freiheit, es lebe das sozialistische Vollen!“

Wieder ein Attentat in Rußland.

Aus Moskau meldet ein Privattelegramm: Die Moskowskij Wjost“ aus Eriman meldet, wurde in der Nacht zum 24. Juli der Surmalinische Kreisbesitz, Oberleutnant von Boguslawski, während eines Bajars im Dorfe Jadyr durch einen Schuß getötet. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Unruhen in Madrid.

Zwischen Oltrobranten und einem fruchtbareren kann es gehen wegen der Entrichtung der Steuer zu Unbilligkeiten, wobei das Publikum gegen die Beamten Partei nahm. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurde Militär herbeigeholt; mehrere Personen wurden durch Steinwürfe und Säbelhiebe verletzt.

Eine künftige Sitzung im englischen Unterhaus.

Das Hans bereit in der Spezialdebatte eine Vorlage, die von der Regierung entworfen war, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die Weigerung der Grasschaften von Wales, das Unterrechtsgesetz durchzuführen, veranlaßt wurden. Die radikalen Mitglieder bekämpften energisch die Vorlage, und nach fünfzehntägiger Debatte sind nur zwei Unterentwürfe erledigt. Premierminister Balfour beantragt darauf den Schluß der Debatte über die ersten zehn Zeilen der Vorlage. Der Vorsitzende des Komitees, Cowther, nimmt den Antrag an und läßt zur Abstimmung schreiben. Die radikalen Radikalen protestierten dagegen und verweigern die Teilnahme an der Abstimmung. Cowther erklärt, er müsse über ihr Verhalten dem Sprecher Bericht erstatten. Da aber der Sprecher durch Unwohlsein vom Hause ferngehalten ist, übernimmt Cowther als zweiter Sprecher den Vorsitz und berichtet unter den Zurufen: „Pui! und Schande!“ über das Verhalten der Radikalen und fordert diese zur Abstimmung auf.

Nach einer künftigen Szene ruft Lloyd George (liberal) aus: Wir wollen nicht mehr mit der Sache zu tun haben. „Equity“ (liberal) erklärt: Wenn die Mitglieder für Wales dieses Verfahren einschlagen, wird die ganze Opposition ein Gleiches tun. Darauf verließen sämtliche Mitglieder der Opposition das Haus. Die Spezialdebatte wird darauf geschlossen. Kurz darauf kehrt die Oppositionspartei in den Sitzungssaal zurück und beantragt angelehnt der jüngsten Ereignisse die Vertagung des Hauses. Premierminister Balfour erklärt nach weiterer Erörterung, er werde nur unbeanstandet Beschlüsse zur Diskussion bringen. Der Antrag der Opposition wird sodann zurückgezogen und kurz nachher das Hans verläßt.

lokales und Provinziales

Breslau, den 8. August.

* Die Teuerung!

Wir berichteten in unserer Sonntagabend-Nummer bereits von dem Plane der Milchproduzenten, den Preis der Milch von 15 auf 18 Pf. heraufzusetzen. Das bedeutet besonders für Arbeiterfamilien einen schweren Schlag, umso mehr als die Milch nicht das einzige Nahrungsmittel ist, das in diesem Sommer im Preise so ungeheuer steigt. Kartoffeln, Gemüse aller Art sind so in die Höhe geschmett, daß es schwer ist, die Folgen für die Arbeiter auszumalen. Auch die Milchprodukte, wie Butter, Käse und dergl. werden im Preise geschraubt. Es besteht also die Aussicht, daß wir im Winter ganz besonderen Mangel erleben werden, umso

mehr als die Arbeiterlöhne nicht in dem Maße zu steigen pflegen als die Nahrungsmittelpreise.

*** Martin Rasprza vor dem Kriegsgericht.** Der Prozeß vor dem Kriegsgericht in Warschau gegen Rasprza und Grzymann ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Grund der Vertagung ist noch unbekannt.

*** Die Notlage der Landwirtschaft** kam in einer erweiterten Vorstandssitzung der schlesischen Landwirtschaftskammer zur Sprache. Dabei hat auch der Ober-Präsident, als „einer der ältesten Landwirte, der 42 Jahre seine Scholle bebaut“, das Wort ergriffen und dabei das hegerische Treiben eines Teils der Presse — den Namen „Schlesische Zeitung“ auszusprechen, hütete er sich — zurückgewiesen. Der Redner führte aus:

Er habe sich nicht begnügt, die Verhältnisse in der Provinz mit der größten Sorgfalt zu prüfen, sondern er habe auch die Lage der benachbarten Provinzen zu erforschen gesucht. Er habe das nicht nur als Beamter der Provinz, sondern auch als einer der ältesten Landwirte Schlesiens getan. Seit 42 Jahren habe er die Leiden und die Freuden der Landwirtschaft gründlich kennen gelernt. Im allgemeinen seien die Darstellungen, die er über die Notlage in Schlesien gehört habe, richtig; aber eins sei wohl vergessen worden: wie in allen trockenen Jahren, so stehe auch in diesem Jahre die Körner-Ernte unter dem Sterne der besonders guten Qualität. Er könne das behaupten, denn er habe sich eine sehr große Anzahl von Proben kommen lassen, die in der letzten Zeit auf den Märkten der Provinz gehandelt worden seien. Er habe sich an den Leiter eines bedeutenden Fabrikwesens gewendet und ihn um Auskunft auf die Frage gebeten, wie sich der Körner-Ertrag bei der Verarbeitung mit Bezug auf seine Güte und Ergiebigkeit stelle, und da habe er den denkbar erfreulichsten Bescheid erhalten.

Auch an andere Herren hat er sich gewandt, so z. B. an Herrn ... in diesem Jahre an Brauwedern eigene. Herr ... hat ihm zehn Analysen vorgelegt, aus denen sich ihr sehr großer Brauwert ergab. Der Redner führte weiter aus, daß die Ernte sich quantitativ recht gering ausgefallen sei und die Futtermittel nicht genügend vorhanden. Viehfutter sei völlig ungenügend vorhanden. Trotz dieser Kalamität müsse er erklären, daß die ganze Angelegenheit mit vieler Vorsicht behandelt werden müsse. Aus den zweifellos richtigen Schilderungen von Einzelerscheinungen dürfe man nicht generelle Schlüsse ziehen. Im August 1876 habe es auf den Feldern genau so traurig ausgesehen, wie heute. Mitte August sei dann ein tüchtiger Regen gekommen und der Herbst habe noch eine gute Futterernte gebracht. Er äußerte sich dann über die Notstandstaxe, schilderte ihren Wert, hat aber, diesen Wert nicht zu überschätzen. Zwei Tage nach Einführung dieser Taxe seien in Hamburg und Stettin die Futterpreise um den Betrag der Taxifermäßigung gesunken. Daraus könne man sehen, wie schwer es für die Regierung sei, bei solcher Notlage zu helfen. Unverständlich sei es ihm, wie eine Versammlung von Landwirten den Wunsch aussprechen könne nach einer Erntemäßigung für Pachtstellen. Wenn er, als erster Beamter der Provinz, der die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten habe, einen solchen Wunsch ausspricht, so wäre das befreilich; aber wenn er höre, daß Landwirte bei einer schlechten Kartoffelernte noch die Preise verbilligen wollen durch billige Taxe, so sei ihm das ein Rätsel. (Der Herr schätzte also die „Landwirte“ merkwürdig ein.) Ebenso sei es mit der Forderung für billigere Strohhäfen. Man solle doch, ehe man alle jene Forderungen stelle, abwarten, was der Herbst noch bringt. Derjenige, der öffentlich und in der Presse den Notstand allzu schwarz schildere, schädige unsere Provinz enorm. In Brandenburg, Hannover und den westlichen Provinzen sei ja die Kalamität nicht ganz so groß, wie bei uns, aber sie sei auch vorhanden. Im Lande würde es außerordentlich vernehmlich, daß gerade aus Schlesien fortwährend die schlimmsten Klagen kommen. Der Landwirt müsse doch bedenken, daß andere Erwerbsquellen ebenso zu leiden haben. Man dürfe nur auf den störenden Frachtbetrieb der Oder blicken, auf die Mühlen, Solschleifen und zahlreiche andere Industrien.

Es ist nicht das erste Mal, daß dem Blatte der Beamten, Staatsanwälte usw. eine grobe verheerende Demagogie nachgewiesen wird. Auch der Oberpräsident, der doch sicher nicht im Verdacht anti-junkerlicher Gesinnung steht, hat der „Schles. Ztg.“ ganz deutlich „abgewunken“. Sie wird sich aber nicht davon abhalten lassen, bei der nächsten Gelegenheit wieder loszulegen, vielleicht auf anderem Gebiete, aber in demselben Stile, von Lokalität irreführend, dabei aber Beleidigungen und Verdächtigungen gegen alle Welt ausstreuend. Sie nennt das dann „vornehme Kampfweise“ und regt sich über die bösen Exzesse auf!

*** Schwaben im Essen — kein Grund zum Verlassen des Dienstes.** Wegen Zuwiderhandlung gegen das Gesetz, betreffend die Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854, stand der Pferdebeknecht Paul Zingel aus Bunzlau vor der Strafkammer in Liegnitz. Zingel stand bei dem Vorwerkbesitzer Weigelt in Bunzlau in Dienst und hat diesen mehrfach ohne Aufkündigung verlassen, sodas er wiederholt durch die Polizei zurückgeführt werden mußte. Dies gab Veranlassung zu der jetzigen Anklage. Der Angeklagte gab als Grund seines Fortlaufens die schlechte Kost an, die ihm in seiner Stellung geboten worden sei. Er habe wiederholt Schwaben im Essen gefunden, die Futter sei ranzig gewesen usw. Er habe mehrfach, aber vergeblich, die Polizei auf diese Zustände aufmerksam gemacht. Der Angeklagte berief sich auf den § 83 der Gefinde-Ordnung, wonach das Gefinde nicht gezwungen werden kann, der Gesundheit nachteilige und ekelhafte Speisen anzunehmen. Ferner berief er sich auf eine Entscheidung des Kammergerichts vom 25. Februar 1859, wonach das Gefinde auch wegen qualitativ (der Güte nach) ungenügender Kost zum sofortigen Verlassen des Dienstes unter Umständen berechtigt ist. In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß mehrfach Schwaben im Essen vorhanden waren, die man in den Töpfen übersehen hatte. Die Ehefrau des Dienstherrn, wie das Dienstepersonal selbst, hatten mehrfach die Schwaben aus dem Essen herausgefischt. Andere Dienstboten waren mit der Kost zufrieden, die übrigens quantitativ (der Menge nach) allen berechtigten Ansprüchen genügt haben soll, wie bürgerliche Blätter mitteilen. Die Strafkammer kam daher zu der Feststellung, daß zunächst der § 140 der Gefinde-Ordnung nicht vorläge, wonach das Gefinde den Dienst sofort verlassen kann, wenn ihm die „notdürftige Kost“ verweigert wird; aber auch der § 83 der Gefindeordnung finde hier keine Anwendung; denn es sei nicht festgestellt, daß dem Gefinde, das sich nie mit Beschwerden oder mit der Bitte um anderes Essen an die Herrschaft gewendet, solches

von der Dienstherrschaft selbst beim im Auftrage und mit Genehmigung derselben verweigert worden ist. Hiernach habe der Angeklagte seinen Dienst zu Unrecht verlassen. Die Strafe wurde auf 9 M. oder 3 Tage Haft bemessen.

*** Zum Pressefest,** das die Ausstellungsleitung am gestrigen Sonntag veranstaltete, hatten sich wohl an 200 Angehörige der schlesischen Presse eingefunden. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Herr Kirsch, begrüßte die Herren, und dann teilte sich die Schaar in verschiedene Gruppen, die von mehreren Herren des Ausschusses voran durch die einzelnen Abteilungen geleitet wurden. Um 2 Uhr fand ein gemeinsames Essen im Friebergersaal. Am Abend sollte ein weiteres Zusammensein der Leute von der Feder stattfinden. Der eintretende Regen hatte indessen den Plan vereitelt.

*** Die Bananenschläger** gehören bisher zu den am schlechtesten gestellten Branchen, die am Bauwesen beteiligt sind. Zwischen die wirtschaftlich starken Unternehmer der Bauhofslosteri und die Arbeiter haben sich Mittelpersonen hineingeschoben und dieses Zwischenneulügen hat hier genau dieselben traurigen Folgererscheinungen erzeugt, als etwa in der Konfektion. Zahlreiche Berufsangehörige sind weder gegen Krankheit noch gegen Invalidität versichert. Die Löhne sind niedrig und die Saison eine scharf ausgeprägte. Während die Dienstgeber, Maler u. dgl. Forderungen erhoben resp. durchsetzen, nach ist diese Möglichkeit bei den Anschlägern zur Zeit noch nicht vorhanden. Es liegt dies aber an den Branchengehörigen selbst, technisch ist es sehr wohl möglich, Witterungseinflüsse soweit fernzuhalten, daß das ganze Jahr hindurch gleichmäßig gearbeitet werden kann. Die Anschläger suchen sich indes bisher im Winter lieber in andere Branchen hineinzubringen, als sich zu organisieren und die eigenen Berufsverhältnisse so zu gestalten, daß sie eine dauernde Existenzmöglichkeit gewähren. Die Lohnbewegung der Bauhofsloster hat jedoch auch bei zahlreichen Anschlägern einen Wandel der Anschauungen zur Folge gehabt. Gegenwärtig gehören von den 150—160 Kollegen am Ort bereits 50 dem Metallarbeiterverbande an und haben eine besondere Section gebildet. In einer Versammlung, die gestern im Gewerkschaftshause stattfand, wurde eine Kommission gewählt, welcher die Pflicht obliegt, unter den Berufsangehörigen agitatorisch zu wirken, sowie Material über die Berufsverhältnisse zu sammeln und geeignete Forderungen zur Verbesserung derselben aufzustellen.

*** Der „Wegekranz“ im Fischbuch.** Ein originelles Erlebnis hatten gestern die festlichen Einwohner von Rosenhal. Dort sollte das übliche „Wegekranz“-Fest stattfinden. Der „Kranz“ war in der Restauration von Gärtnern, von wo aus der Festzug stattfinden sollte. Doch plötzlich — welcher Schreck! — war der „Wegekranz“ verschwunden! Ein Mädchen hatte den Kranz in ein Tischchen geschlagen und war schleunigst damit zum Seierischen Lokal gelangt, wo dann später sich alle Festteilnehmer versammelten. Selbstredend herrschte eine heftige darüber recht lebhaft Entzündung. Schließlich aber fügte man sich ins Unvermeidliche.

*** Seinen Brandwunden** erliegen ist am 6. d. M. der 9-jährige Oberrealschüler Eberhard Jedzig, der bekanntlich mit seiner Mutter, der Kaufmannsrau Jedzig zusammen infolge Spiritus-Explosion verbrannte und ihr jetzt in den Tod gefolgt ist. Die zahlreichen und tiefen Verletzungen machten es der ärztlichen Kunst unmöglich, dieses junge Leben zu retten.

*** Zwei Missetaten** ereigneten sich in der Nacht zu Sonntag in unserer Stadt. Auf der Rosenstraße wurde ein dort wohnhafter Hauswächter Wilhelm Kettig von dem Schuhmacher Plink nach vorangegangener Streite erschlagen. Plink war die Wohnung gekündigt worden, und er soll deshalb wiederholt schwere Drohungen gegen den Hauswächter ausgesprochen haben. — In derselben Nacht stürzte die blinde Ehefrau des Arbeiters Paul Schöbel aus dem Fenster ihrer Fischstraße 44 im vierten Stock gelegenen Wohnung und blieb mit zerstückelten Gliedern tot am Boden liegen. Der Ehemann, der in immerwährendem Streit mit seiner von ihm sehr schlecht behandelten unglücklichen Ehefrau lebte, wurde nach verzweifelter Gegenwehr unter dem Verdacht verhaftet, seine Frau aus dem Fenster herausgestoßen zu haben.

*** Einen Krach** gab es gestern Abend auf der Ausstellung. Zu den zahlreichen neuen Vergnüglichkeiten, welche die Ausstellungsleitung für ihr Abendpublikum ausgesonnen hat, gehört auch eine wandernde, „à la Bohémien“ verkleidete Musikpelle, die, von Lokal zu Lokal ziehend, dem Gassen ein aufspielt. Die lustigen Musikanten fanden überall, so bei Haase und Kempinski, freundschaftliche Aufnahme und den Beifall des Publikums, das ihre musikalischen Gaben mit klugem Gabe lobte. Nur im „Feenpalast“ des Herrn Dajpfa, der eine eigene Damenpelle unterhält, kam es zu Interfessionenkämpfen. Man wollte dort zugunsten der „bodenständigen“ Musikanten den Musikbetrieb im Umherziehen nicht gestatten und wies die Kapelle mit schüden Worten wieder hinaus. Da ein großer Teil des Publikums Partei für die Musikanten nahm, kam es zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Wirt und Gästen, die einen so erregten Charakter annahm, daß die Schutzmannschaft des Platzes eingegriffen sich veranlaßt sah.

*** Schweidnitz.** Die hiesige Maurerbewegung ist zum Tagesgespräch der gesamten Einwohnerschaft geworden. Die beiden am Orte erscheinenden Tageszeitungen wußten in der Donnerstagsnummer bereits von einem Mauerstreik zu berichten. In Wahrheit sind jedoch nur etwa 60 junge Kollegen aus der Arbeit getreten und haben den Ort verlassen. Ein Streik ist bis zu dieser Stunde noch nicht proklamiert worden. Diese Verächtung kambe die Lohnkommission an die Redaktionen der genannten Zeitungen, woson natürlich die „Tägliche Rundschau“ kein Ausnahmefall war. Die „Tägliche Rundschau“ beweist damit wieder einmal, daß es ihr Beruf ist, öffentlich verbreitete Unwahrheiten nicht zurückzunehmen. Auch die Herren Baumeister versuchen durch Verbreiten von falschen Gerüchten die Maurerbewegung ins Stocken zu bringen. So zum Beispiel verbreiteten sie das Gerücht, der Mauerverband habe gar nicht das genügende Geld, um einen Streik führen zu können. Wir wüßten hierbei darauf hinweisen, daß die letzte Quartalsabrechnung des Verbandes über einen Kassenbestand von mehr als 1 1/2 Millionen Mark quitiert. Weiter hatte Herr Baumeister Juppe geäußert, daß noch im Laufe der vergangenen Woche circa 100 Mauerer von auswärts eintreffen werden, aber bis heute ist noch nicht ein einziger eingetroffen. Halten die Schweidnitzer Mauerer weiter so fest zusammen wie bisher, dann wird nach der Lohnbewegung derselben zu einem günstigen Resultat führen.

*** Striegau, 7. August.** Vom Konsumverein. Am Sonntag, den 7. d. M. hielt der hiesige Konsumverein eine außerordentliche Generalversammlung ab, deren Hauptpunkt der Anschluß an den Revisionverband der Provinz Brandenburg war. Die Verwaltung des Vereins hat für die dieses Jahr notwendige Revision den Geschäftsführer des Konsumvereins Notibus vorgeschlagen, welcher vom Gericht abgelehnt wurde. Um diesen Scherereien aus dem Wege zu gehen, machte sich die Versammlung nötig. Der Antrag der Verwaltung, Anschluß an den Verband, wurde einstimmig angenommen. Hieran gab der Geschäftsführer eine vorläufige Uebersicht über die diesjährige Jahresbilanz, die er als äußerst günstig bezeichnet, indem ein Reingewinn von 10,000 M. zu verzeichnen sei. Die Auskosten haben sich, trotzdem der Verein sich vergrößert hat, nur wenig gesteigert. Die Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns erfolgt erst in der nächsten Versammlung. Der Verein zählt 701 Mitglieder.

*** Striegau, 7. August.** Unglücksfall. Am Mittwoch voriger Woche, Nachmittags gegen 4 Uhr, spielte im Hofe des Gutsherrn Markwalde, Gaidauerstraße hieselbst, das noch nicht 13jährige Söhnchen des Wirtschaftsdienstes Scholz. Der 13jährige Arbeitersohn Schmitz von hier kam mit einem, mit Getreide beladenen Ent-

wagen in den Hof gefahren und bemerkte den Knaben nicht. Dieser stürzte unter die Pferde, wurde überfahren und war sofort tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

*** Liegnitz, 7. August.** Wegen Verdachts der Verleumdung zum Weibe wurde der 68 Jahre alte, eingetragene und wohlhabende Stadtbewohner, Zimmermeister Wilhelm Tschentscher, verhaftet, und ebenso dessen früherer Dienstmädchen Anna Milowaki wegen Weibverleumdung. Die von Tschentscher für seine Pastenabgabe angebotene Kaution von 80,000 Mark ist abgelehnt worden.

Die Milowaki hatte die Alimentenklage gegen Tschentscher angehängt und behauptete, von ihm vergewaltigt zu sein. Als daraufhin die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Tschentscher erhob, bestritt die Milowaki unter ihrem Eide, vergewaltigt zu sein. Nunmehr wurde gegen sie Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung erhoben. Sie wurde aber trotz ihres „Geständnisses“ freigelassen, weil das Gericht annahm, daß sie zuerst die Wahrheit gesagt und später, aus unter ihrem Eide, von der Wahrheit abgewichen war. Nun erfolgen die Verhaftungen.

*** Striegau, 7. August.** Hochfeuer. In der Nacht zum Freitag brannte die Herrn Karl Brebner gehörige Stadtmühle, welche erst vor wenigen Jahren neu umgebaut und dann später anstatt der Dampfkraft mit einer Saugaasanlage versehen worden war, nieder. Dem Personal sind sämtliche Sachen einschließlich der Arbeitspapiere, verbrannt. Die Mühle des Besitzers konnten gerettet werden, trotzdem bleibt der Schaden enorm. Auch das benachbarte Hinterhaus des Herrns Neumann brannte nieder. Die Entschuldigungsursache des Feuers ist unbekannt.

*** Ratowitz, 6. August.** Vom Bauabackereist ist kürzlich der Maurergeselle Bruno Hoffmann von hier. Er war mit der Herstellung von Giebeln beschäftigt und als ihm das in einem Falle nicht recht gelingen wollte, stieg er auf einen sogenannten Stuhlrahmen von 12 Metern ab. Er erlitt einen Avbruch und wurde ins Krankenhaus gebracht, wo noch ein Rippenbruch konstatiert wurde. Er liegt schwer krank darnieder. Der Unfall wäre sicher nicht passiert, wenn ein Fanggerüst vorhanden gewesen wäre. Um aber die Aufmerksamkeit hieron abzulenken, schiebt die Unternehmerpresse die Schuld dem Verunglückten zu, weil er auf das Mauerwerk getreten sei, was verkehrswidrig sein soll.

Breslauer Sommertheater.

Die Großstadtluft. Schwant von Bismuthal und Kabelburg. Das waren noch gute Tage für unsere Theaterdirektion, als die Firma Bismuthal und Kabelburg die Bühne in schier unerschöpflicher Fülle mit ihren Schwantfabrikaten beglückte. Diese Zeiten sind nun dahin. Heute herrscht wieder Pistole und Revolver, wo früher eine harmlose Verwechslung genügte, das Publikum zu erfreuen. „Jahreskreis“ und „Rosenmontag“ haben das „weisse Röhl“ und ähnliche Meisterwerke verdrängt und es ist, als wenn die Periode der oben Bismuthal'schen Spasmacherei für immer vorbei sei — soweit die Bühnen in Betracht kommen, die als Kunstinstitute gelten wollen. Die heutige Aufführung der „Großstadtluft“ war infolge Erkrankung des Herrn Ratty nur eine Verlegenheitsmaßregel, man wird es deshalb den Darstellern nicht zu arg anrechnen, daß ihre Leistungen nicht durchweg Glanzstücken waren. Von den Herren wurde wenigstens nichts zu merken, dagegen fand das schönere Geschlecht es nicht für notwendig, sich besonders hervorzuheben. In einer kleinen Rolle, die er für einen verhinderten Kollegen übernahm, gelehrte Herr Biegel wiederum ein Rabinellid feiner Charakterisierungskraft.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Vom manichurischen Kriegsschauplatz. Ein Telegramm Kuropatkins an den Kaiser vom 6. August besagt: Am 5. August wurde auf der Südküste eine Retegnoßierung unternommen. Unsere Geschütze beschossen und zerstörten das Dorf Santchinantsi, achtzehn Werst nordöstlich von Niutschuang, von wo der Feind in der Stärke von zwei bis drei Schwadronen und einigen Kompagnien eilig unter Zurücklassung der Koffer, eines Teils des Gepäcks, der Munition und der Kessel mit dem kochenden Essen floh. Die Geschütze beschossen den abrückenden Feind. Gleichzeitig vertrieben die Kosaken die japanische Kavallerie aus dem Dorfe Dengshalon. Auf der linken Seite verdrängte unsere Kavallerie die japanischen Feldmarchen aus Tolunischajia, 5 Werst südöstlich von Santchinantsi. Auf der Ostfront sind keine Veränderungen eingetreten.

Vor Port Arthur.

Ein Telegramm des Generals Stössel aus Port Arthur an den Kaiser besagt: Die Truppen schlugen in einer dreitägigen Schlacht am 26., 27. und 28. Juli alle Angriffe der Japaner mit ungeheuren Verlusten für dieselben zurück. Die Stimmung der Garnison ist eine sehr gehobene. Das Geschwader griff helfend ein, indem es den Feind in der Flanke beschloß. Unsere Verluste für alle drei Kampftage an Toten und Verwundeten betragen ungefähr 1500 Mann, 100 Offiziere und 40 Offiziere. Die Japaner verloren, nach Nachrichten von Chinesen, an Gefangenen gegen 10,000 Mann. Diese Verluste machten sich hören so sichtbar, daß sie nicht einmal ihre Toten und Verwundeten fortzuschaffen konnten. Die westliche russische Flottenflotte hatte am 6. August überdies von Haitscheng harte Kämpfe zu bestehen. Es befinden sich viele verwundete Russen hier. Es geht das Gerücht, daß Kuroki von Nordosten Russen bedrohe. Bislang Alexjew und General Kuropatkin waren am 5. August in Paojang.

Attentat auf den Präsidenten von Uruguay.

Als Präsident Battle y Ordonez am Sonnabend durch die Stadt fuhr, explodierte unter seinem Wagen eine Mine. Der Präsident blieb unverletzt.

Das Ergebnis der französischen Generalratswahlen

ist folgendes: Gewählt wurden 67 Ministerielle, 18 Antiministerielle, 3 Konserwative. Die Ministeriellen gewinnen 17 Sitze und verlieren 3.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit. (Mittel-europäische Zeit plus 8 Minuten.)

Aug. 7., 8.	Radm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 26,0	+ 15,5	+ 15,9
Luftdruck bei 6 (mm)	749,6	751,0	752,4
Dampfdruck (mm)	10,6	11,6	8,9
Dampfspannung (pCt.)	13	15	11
Wind (0-6)	SW. 2	SW. 2	W. 2
Wetter	bedekt.	bedekt.	5-tr.

Söhe der Niederschläge seit gestern früh (mm) 2,00.
Wärme der Ober + 21,2.

Ueber einen Artilleriekampf

mit modernen Geschützen schreibt ein Arzt der Zoeger'schen Kolonne:

Es ist was Grausiges um die Wirkung dieser Geschosse. Ein plägendes Schrapnel überschüttet eine Strecke von 200 Metern mit Kugeln und bei Wangou haben die Japaner in 2 1/2 Stunden am 2. Juni auf die 3. und 4. Batterie 20.000 Schrapnels geschossen. Kein Wunder, daß die Geschütze genommen wurden! Da könnt ihr einen Begriff von dem Spektakel bekommen, den wir dort in nächster Nähe genossen haben. Die reine Hölle muß es sein, da noch zu arbeiten und ein solches Feuer zu erwidern. So haben diese Batterien denn auch nur den Moment, wo die Japaner von neuem laden mußten, dazu benutzen können, zu antworten. Die übrige Zeit hat alles an die Laufgräben gedrückt dageessen und ernst und bleich vor sich hingelarrt. Als Feuerwerk genommen, ist der Anblick von großartiger Wucht und Schönheit und wäre ein Genuß, wenn dies entsetzliche Heulen und Pfeifen nicht wäre, das einen hindert, sich objektiv an dem gewaltigen Schauspiel zu freuen. Man wird dabei von einem unerträglichen Druck beherrscht und echter, rechter Präfordialangst, wie viele sagen. In solchen Augenblicken sieht man an den Soldaten, welche Erleichterung der Haube an eine höhere Macht gewährt, die diesen nächsten Vorgang leitet — schließlich verhält sich der gemeine Soldat wunderbar gleichgültig der greifbarsten Gefahr gegenüber, obgleich andererseits unter ihnen die Panik eine stärkere ist. Ein Feuerwerker hat sich während der Schlacht und nachdem er das Geschütz stundenlang unverletzt bedient hat, mit seinem eigenen Revolver erschossen. Er hat es nicht mehr ertragen können — und eine halbe Stunde darauf ist der Rückzug befohlen worden! Einige vereinzelte Fälle von Kriegsschicksale sind beobachtet worden — fast alle haben mit Selbstmordversuch ihren Anfang genommen. Unsere Soldaten aber sind von so bewunderungswürdigem Humor und einer Genügsamkeit, die jeder Beschreibung spottet; zerlumpt, durchnäht und hungrig finden sie noch Zeit und Lust, sich einer über den andern lustig zu machen und schlechte Witze zu reißen. Sie haben nur leider alle zu viel Gepäck zu schleppen — zu schwere Stiefel — und oft zu wenig im Wagen. Die Japaner tragen am Schlachttag nichts bei sich außer Flinten und Patronen und haben Schmirnstiefel mit Gamaschen — in den Bergen von unermesslichem Wert. Und in die Ebene werden die nie gehen — dazu sind sie in den Bergen zu sehr zu Hause. Darauf aber wird sehr gehofft.

Unser Kommunalprogramm.

I.

Zu seiner auf dem Bremer Parteitag zu beratenden kommunalen Programm-Resolution hatte Genosse Lindenmann zwei Artikel geschrieben, die in der „Kommunalen Praxis“ erschienen sind und als eine Art Erläuterung des Programms gelten können. Auch Genosse Singer hat in der neuesten Nummer der „Kommunalen Praxis“ das Wort dazu genommen. Da in den Versammlungen, welche sich mit dem Bremer Parteitag beschäftigen, Stellung zu der so wichtigen Frage der Kommunalpolitik genommen werden muß, so bringen wir die drei Artikel in der Hauptsache zum Abdruck und beginnen mit denen des Genossen Lindenmann.

Zunächst wendet sich Lindenmann gegen die Gefahr des „unbegrenzten Auseinanderstehens der Debatte, ihres Verkürens in unbedeutenden Einzelheiten.“ Ist doch das Gebiet der Kommunalpolitik so umfangreich, führt doch ihre Besprechung so leicht in die Details der Verwaltung, wie kaum

auf einem andern Gebiete. Denn nur in der Kommunalverwaltung findet die unmittelbare Teilnahme an der Verwaltung statt und kommen daher ihre Probleme mit allen ihren Einzelheiten den Gemeindevertretern ganz anders nahe, als die der allgemeinen Staatsverwaltung, wo die Teilnahme des Volkes gänzlich ausgeschlossen ist. Diese Tatsache hat auch für die kommenden Verhandlungen zu Bremen ihre Bedeutung. Ein großer Teil der Delegierten wird als Sachverständige aus dem Schatze der eignen Erfahrung sprechen können und daher nur zu sehr geneigt sein, sich in liebevoller Vertiefung in die Einzelheiten der Kommunalpolitik zu verlieren. Dieser Gefahr gegenüber, die durch den zweiten Teil der Münchener Resolution vergrößert worden war, muß mit aller Entschiedenheit eben jetzt betont werden, daß es unferes Erachtens die Aufgabe des Kongresses ist, sich auf eine Besprechung der grundlegenden Gesichtspunkte zu beschränken soll die Debatte mehr sein, als ein Konglomerat von Reden, die aneinander vorbeigehen.

Unsere Auffassung von dem Verhältnis, in dem Gemeinde und Staat zu einander stehen, sprechen wir kurz und bündig in dem Satze aus, daß alle Lokalverwaltung auch Staatsverwaltung, ihrem Wesen nach die eine in nichts von der anderen unterschieden ist. Damit ist ausgedrückt, daß die Unterscheidung der offiziellen Staatswissenschaft zwischen der Gemeindeverwaltung im engeren Sinne und dem übertragenen Wirkungskreis der Gemeinden von uns nachdrücklich abzulehnen ist. Herkömmlicherweise werden die beiden Wirkungskreise der Gemeinden in der folgenden Weise definiert: der eigene Wirkungskreis der Gemeinden umfaßt die Angelegenheiten, welche der Gemeinde nach ihrem Begriff und Wesen als Selbstverwaltungskörper mit Notwendigkeit zukommen, der übertragenen die, welche ihr nur durch positive Vorschrift zur Versorgung zugewiesen sind und ihr wieder abgenommen werden können, ohne daß Begriff und Wesen der Gemeinde dadurch beeinträchtigt werden. Alle Versuche aber, die gemacht worden sind, die Scheidungslinie zwischen dem eigenen und dem übertragenen Wirkungskreis der Gemeinden zu ziehen, sind kläglich an der Wirklichkeit gescheitert. Der Grund dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß diese Theorien der Staatswissenschaft erfunden wurde, um die Bestrebungen der absoluten Fürstengewalt, ihren Kampf gegen die Autonomie der Städte juristisch zu rechtfertigen, wie sie dann andererseits von den Verteidigern der kommunalen Selbständigkeit aufgegriffen wurde, um den Gemeinden wenigstens einen gewissen Tätigkeitsbereich vor der staatlichen Allmacht zu sichern. Hatte doch auf dem Höhepunkte seiner Macht der Absolutismus die gesamte Gemeindeverwaltung an sich gezogen, als einen Teil der staatlichen Verwaltung behandelt und geführt. Die Befreiung der Gemeinde aus diesem Knechtschaftszustande ist im 19. Jahrhundert begonnen, aber nicht vollendet worden.

Wir können also den allgemeinen Satz aufstellen, daß eine Verwaltungsfunktion in ihrem Wesen dadurch in keiner Weise beeinflusst wird, ob nun der Staat oder die Gemeinden sie durch ihre Beamten ausüben. Es ist vielmehr das Wesen des Verwaltungszweckes das Bestimmende, insbesondere ob er lokaler Natur ist oder über die engere Lokalität der Gemeinde hinausgreift. Je nachdem ist die Beforgung desselben dem lokalen Verwaltungskörper, der Gemeinde oder den weiteren Verbänden, Kreis, Provinz oder dem alle umfassenden Verbands, dem Staat, zu übertragen. Aus diesen Sätzen folgt für die Politik, daß der Gemeinde die Verwaltung aller der öffentlichen Angelegenheiten zuzuwenden ist, die ihrem Wesen nach nicht über ihr lokales Gebiet hinausreichen. Die Gemeinde hat ein Recht auf diese Verwaltung. Ihm gegenüber muß die Zuständigkeit

des Staates und seiner Organe stets durch das Gesetz begrenzt werden. Es soll daher auch die Gemeindeverwaltung nicht der Staatsverwaltung als subordiniert gelten, wie das heutzutage allgemein gültige Gesetz ist.

Die Gemeinde ist aber noch mehr ein Selbstverwaltungskörper. Damit ist gesagt, daß die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ihres Gebietes nicht durch Beamte erfolgt, die in zentralistisch organisierte Staatsbureaufraße eingereiht sind und die unterste Stufe in ihrem Subordinationsmechanismus bilden, sondern durch die von ihr selbst bestellten Organe, die von den Gemeindegliedern gewählt sind und ihren Willen verkörpern. Die Gemeinde ist also der Staat eine Gebietskörperschaft mit dem Rechte der Selbstverwaltung, ein Organismus wie dieser, und als solcher mit selbständigem Leben und eigenen Rechten begabt. Aus diesem Charakter der Gemeinde als eines Selbstverwaltungskörpers ergibt sich eine Anzahl wichtiger Forderungen. Sowohl bei der Bildung der Gemeindevertretung wie bei der inneren Organisation der Verwaltung und bei der Ausübung der Verwaltungsorgane muß die Gemeinde innerhalb der Schranken, die die staatlichen Gesetze ziehen, selbständig sein. Statt dessen stimmen alle Gemeindeglieder unserer Bundesstaaten darin überein, die Gemeinden auf allen drei Gebieten dem freien Ermessen der staatlichen Aufsichtsbehörden zu unterwerfen.

Bei dem bestehenden Aufsichtsrechte können wir von einander unterscheiden das Recht der Kenntnisnahme, das Recht der Beanstandung und das Recht der Genehmigung, das besser als ein Mitwirkungsrecht bezeichnet wird. Auf Grund des ersteren können die staatlichen Aufsichtsbehörden sich die genaueste Kenntnis von den einzelnen Verwaltungsakten der Gemeinden verschaffen. Das ist notwendig, sollen sie überhaupt im stande sein, die kommunale Verwaltungstätigkeit auf ihre Übereinstimmung mit den Gesetzen zu überwachen. Ungelegliche Akten müssen jeder Zeit von der Regierung beanstandet werden können. Beiläufig gesagt, teilen wir jedem Bürger das gleiche Recht zu. Von diesen beiden Aufsichtsrechten, die den staatlichen Behörden notwendiger Weise zustehen müssen, um die erforderliche Kontrolle über das gesetzliche Handeln der Kommunalkörper ausüben zu können, weicht das staatliche Genehmigungsrecht seinem Wesen nach völlig ab. Durch dieses Recht wird das ganze Gebiet der Zweckmäßigkeit der tiefgreifendsten Beeinflussung durch die staatlichen Behörden unterworfen.

Die Gemeindeglieder der verschiedenen Bundesstaaten stimmen zum Beispiel darin überein, daß sie die gesamte Finanzgebarung der Gemeinden von der staatlichen Mitwirkung abhängig machen, insofern die beiden wichtigsten Momente der kommunalen Verwaltungstätigkeit, die Aufstellung des Haushaltsplans und die Rechnungsablegung, der staatlichen Genehmigung bedürfen. Diesem staatlichen Prüfungsrecht sind keine formellen Schranken gezogen. Es erstreckt sich nicht auf die Gesetzmäßigkeit der Positionen des Haushaltsplans, sondern auch auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben. Insofern jede einzelne Position des Etats von der Aufsichtsbehörde geprüft und beanstandet werden kann, unterliegt also jede einzelne Verwaltungshandlung der Gemeindebehörden, die in den entsprechenden Staatspositionen ihren finanziellen Ausdruck findet, der Mitwirkung der Regierung. So wird die Staatsprüfung zu einem wichtigen Werkzeug, durch das die staatliche Bürokratie die Gemeindeverwaltung bis in ihre Einzelheiten nach ihrem Willen bestimmen kann. An Gründen, dieses übergreifende Aufsichtsrecht der Staatsbürokratie zu rechtfertigen, hat es dieser und ihren Schriftgelehrten natürlich niemals gefehlt. Schließlich laufen sie alle darauf hinaus, daß die Gemeinden, gerade weil sie Selbstverwaltungskörper sind und weil in

Aus aller Welt.

Sieben Millionen verpeluliert. Ein Beamter eines großen Londoner Bankhauses, der umfangreiche Engagements unterzeichnet, die am Mittwoch und Donnerstag zur Fälligkeit kamen, ist geflüchtet. Gerichten zufolge übersteigen die Passiven sieben Millionen Mark.

Die Dreschmaschine als Brandstifter. Am Donnerstag, als der Bauer Maßlich in Seeburg bei Alt-Landenberg mit dem Ausdreschen seines Roggens beschäftigt war, sprühten aus der Dreschmaschine plötzlich Funken und besten das trockene Stroh sofort in Brand. Vermutlich ist ein Sandfräsen in das Räderwerk der Maschine geraten und hat die Funkenbildung veranlaßt. Die Schuppe, in welcher die ganze Ernte untergebracht war, ist vollständig abgebrannt, ebenso auch ein benachbarter Schuppen, in dem ein neuer Break und Ackergerät stand. Da der Schuppen mit Inzalt gar nicht, die Scheune nebst Getreide nur niedrig verankert war, erleidet der Besitzer empfindlichen Schaden.

Kampf mit Wilderern. Aus Wödling wird berichtet: Gestern Nacht kam es auf den Feldern zwischen Larenburg und Niedermandorf, die zum Postgutsbezirk Larenburg gehören, zu einem Kampfe zwischen Wilddieben und Jägern, der mit einer schmerzlichen Verwundung und Festnahme des einen Wilddiebes endete, während es dem zweiten gelang, zu entkommen. Schon seit längerer Zeit bemerkten die Jäger von Larenburg auf den Feldern einen beträchtlichen Abgang an Rebhühnern. Als nun gestern Nacht die beiden Jäger Karl Dner und Rudolf Katschka wieder eine Streichung unternahmen, bemerkten sie in der Dunkelheit zwei Männer, die gerade mit einem großen Rege eine größere Anzahl von Rebhühnern einfingen. Die beiden Jäger schlichen sich an die Diebe heran, um sie festzunehmen. Während jedoch der eine mit der Beute Reihens nach, stellte sich der zweite Wilddieb, der in Wien, IX, Alsterstr. 28, wohnhafte Hansbecker Peter Felix, mit einem Revolver zur Wehr. Aber im selben Augenblick gab Dner aus seinem Gewehr einen Schuß ab und verletzte Felix an den Beinen schwer. Felix sank zusammen, raffte sich jedoch wieder auf und versuchte ebenfalls zu entkommen. Mit vieler Mühe und nach heftiger Gegenwehr gelang es den beiden Jägern, den Schwerverwundeten dingfest zu machen. Er wurde in das Wödlinger Krankenhaus gebracht.

Mysteriöser Bombenfund. Ein Fall, der noch stark der Aufklärung bedarf, hat sich in Wien zugetragen. Es wird von dort berichtet: Gestern Nachmittag fand ein zehnjähriger Knabe auf der Franzensbrücke in der Nähe des Praterkerns eine Blechschachtel, die er zu Hause seiner Mutter übergab. Diese ließ die Schachtel zufällig auf die Steinfliesen in der Küche fallen. Es erfolgte eine heftige Explosion, durch die die Frau an den Händen, Beinen und im Gesicht erheblich verletzt wurde. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Die Brandepidemie nimmt wohl infolge der anomalen Temperatur immer größere Dimensionen an.

Der schon gemeldete große Brand in Jäfeld hat allem Anschein nach einige Opfer gefordert. Ein alterer Mann, der aus seiner Wohnung Werkzeuge retten wollte, wurde unter den brennenden Trümmern beargen. Vermutet werden außerdem eine Frau und die drei Kinder, die das Feuer veranlaßt haben sollen. Die Zahl der Verwundeten beträgt 20, darunter einige Feuerwehrlente. Von den Obdachlosen hat ein Teil in Heilbronn Unterkunft gefunden. Eine Hilfsaktion in größerem Umfang ist eingeleitet. Die Unglücksfälle wurde vom Minister des Innern sowie während des ganzen Tages von einer großen Menschenmenge besucht.

Ein Großfeuer hat in Cloppenburg 12 Häuser zerstört. Eine Feuersbrunst, die ebenfalls Menschenopfer gefordert hat, wird aus Kuttendorf gemeldet. Die Dampfschiffahrt ist vollständig niederbrannt. Vier Personen fanden den Tod in den Flammen. Ein Telegramm aus Hamburg besagt: Die Gusswerke in Steinwälder stehen in Flammen.

Ueber ein Flüchtlingsversteck, den zwei Zuchthäuser auf der Berlin-Potsdamer Eisenbahn unternahmen, wird berichtet: Mittels besonderer Transportes wurden von dem Ludener Zuchthaus 163 Sträflinge nach Brandenburg a. N. gebracht. Diese Gelegenheit wollten zwei schwere Verbrecher benutzen, um zu entweichen, und sie sprangen, als sich auf der Station Großkrenz der Zug eben wieder in Bewegung gesetzt hatte, blitzschnell aus dem Gefangenentwagen heraus. Man zog sofort die Mollente und brachte den Zug zum Stehen, worauf einige Beamte die mit Zuchthauskleidern angelegenen Sträflinge verfolgten und sie in dem nahen Wald einholten. Da sich die Zuchthäuser zur Wehr setzten, machten die Beamten von ihrer Waffe Gebrauch, sodaß einer der Flüchtlinge nicht unerheblich verletzt wurde. In Brandenburg a. N. erregte der große Sträflingstransport mit dem blutenden Verbrecher in der Mitte großes Aufsehen.

Eine nicht minder verwegene Flucht aus dem Eisenbahnzuge unternahm, wie aus Krome a. Brahe gemeldet wird, der 23jährige Sträfling Jonek. Dieser sollte von der Strafanstalt Krome, wo er eine bis 1909 reichende Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte, nach Gnesen transportiert werden, um beim dortigen Gericht in einer Strafsache als Zeuge vernommen zu werden. Trotzdem der Verbrecher gefesselt war, gelang es ihm, zwischen Bromberg und der Haltestelle Hohndorf durch einen klugen Sprung aus dem in voller Fahrt begriffenen Zuge in den angrenzenden Wald zu flüchten. Entschlossen sprang der Flüchtling im hohen Klettergebirg noch etwa 1 1/2 Kilometer weit, bis er schließlich in einer Schöpfung aus den Augen verlor. Eine Abteilung von etwa 40 Mann vom Grenadierregiment zu Pferde aus Bromberg, die der Transporteur zur Auffindung erteilt hatte, mehrere Postbeamte und ein Gendarm suchten unverzüglich das

Waldterrain ab, sie konnten jedoch den Flüchtling, der Anfallsleidung trägt, nicht habhaft werden.

Die Bevölkerung der Erde um die Jahrhundertwende beträgt nach Alex. Swan (Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft 146, 1904) 1,593,300,000 Seelen, die 144,110,600 Quadratkilometer bewohnen, so daß rund zehn Menschen auf ein Quadratkilometer kommen. Freilich ist die Dichtigkeit in den verschiedenen Erdteilen recht verschieden. Europa steht mit 40 Bewohnern auf dem Quadratkilometer an der Spitze, es folgen dann Asien mit 18, Afrika und Nordamerika mit 5; Südamerika weist 2 auf, Australien und Polynesien begnügen sich mit 0,7, und auf den 12,873,000 Quadratkilometern der Polarländer nimmt man nur 91,000 Menschen an. Im einzelnen trägt Europa auf 9,723,600 Quadratkilometer 392,264,000 Einwohner. Asien auf 44,179,400 Quadratkilometer 819,556,000; Afrika soll bei 29,820,200 Quadratkilometer 140,700,000 Einwohner beherbergen, Nordamerika auf 20,817,700 Quadratkilometer 105,714,000 ernähren. Südamerika gibt auf 17,744,000 Quadratkilometer nur 38,482,000 Menschen Obdach, während auf Australien und Polynesien mit 8,951,800 Quadratkilometer 6,483,000 Menschen entfallen.

Ueber Tierleben in Bergwerken schreibt man der „Frankf. Ztg.“ aus dem Saargebiet: Wer einmal eine Grubenbefahrung mitgemacht hat, der hält es für unmaßlich, daß außer den die Förderlatten ziehenden Pferden noch andere Tiere da unten ihr Dasein fristen können, da ihnen, wie man annehmen sollte, doch alle Grubenbedingungen fehlen. Und doch sind den Spuren der Menschen animalische Parasiten auch in der Finsternis der teilweise stundenlang sich hingehenden unterirdischen Gänge gefolgt, und zwar gerade solche Vierfüßler, die auf der Oberwelt nirgends Schonung genießen: Mäuse und Ratten. In der Grube sind sie ziemlich sicher; bei dem schwachen Schein der Grubenlampe können sie etwaigen Verfolgungen leicht entgehen, der Bergmann selbst aber läßt sie ruhig gewähren, da sie keinen Schaden anrichten können. Sie werden geduldet, fast darf man sagen, gern geduldet, denn sie erfüllen gewissermaßen eine hygienische Aufgabe. Was der Natur geschieht, das befechten sie gründlich, mit nie versiegendem Appetit; Wurmbaut, Papier, in welches Käse, Wurst usw. gewickelt war, es verschwindet rasch und spurlos und mit ihm so manche andere Dinge, die sich überall, wo viele Menschen konzentriert sind, ein einmal bemerkbar machen. Vorzüglich müssen die Bergleute mit ihrem Belpetrob sein; legen sie es an eine der Ragern zugängliche Stelle, dann ist es für sie verloren, zum mindesten oberhalb angebracht, daß nur ein guter wackeliger Magen es sich zuführen läßt, ohne heftig zu protestieren. Wer würdig ist es, daß Ratten und Mäuse sich gegenseitig möglichst aus dem Wege gehen. Die Grube, in denen Mäuse hausen, ist von Ratten frei, und umgekehrt; unläuterer Wettbewerb bilden die Rattenschwänze unter sich so wenig, wie die Hunde in Konstantinopel manchmal, wenn sie in die Enge getrieben werden, geben namentlich

